Alles Ansichtssache? Wo die Toleranz in einer Demokratie ihre Grenzen hat und worauf es jetzt ankommt.

Impulsvortrag von Hape Kerkeling vor der SPD-Bundestagsfraktion, 3. September 2026

Wer uns erzählen will, in dieser Demokratie sei am Ende doch alles nur eine Frage der Perspektive, der schadet der Demokratie. Manchmal aus Bequemlichkeit. Manchmal aus Kalkül. Aber er schadet ihr.

Wir haben uns in diesem Land angewöhnt, fast alles zur Ansichtssache zu erklären, aus lauter Angst, jemandem zu nahe zu treten. Der menschengemachte Klimawandel: angeblich Ansichtssache. Die Wirksamkeit von Impfstoffen: angeblich Ansichtssache. Und als ein Fraktionsvorsitzender einer bestimmten Partei 2018 offen aussprach, die zwölf Jahre Nationalsozialismus seien nur ein "Vogelschiss" in über tausend Jahren deutscher Geschichte, da haben viel zu viele erst einmal höflich diskutiert, ob man das nicht auch "irgendwie verstehen" könne. Meine Damen und Herren, das ist keine Debattenkultur. Das ist die Kapitulation der Fakten vor der Lautstärke.

Ich stehe hier als jemand, der seit vierzig Jahren beruflich genau hinschaut — und der ziemlich lange gebraucht hat, um selbst zu verstehen, wo der Unterschied liegt zwischen "man lässt mich in Ruhe" und "man akzeptiert mich". Diese Geschichte will ich Ihnen zuerst erzählen. Danach reden wir über das Grundgesetz. Versprochen.

Es geht um eine Geschichte, die mir gehört.

Am Vorabend meines siebenundzwanzigsten Geburtstags rief mich ein Filmemacher an und fragte, ob ich schwul sei und wann ich es publik machen wolle? Ich sagte ihm, das veröffentliche ich, wenn ich es für richtig halte. Am Abend danach rief eine Freundin an: Schalt sofort den Fernseher ein, es geht dir an den Kragen. Er hatte es getan — live, vor Millionen Zuschauern im Fernsehen, ohne mein Einverständnis. Die Bild-Zeitung titelte tags darauf: "Hape Kerkeling zum Geständnis gezwungen: Ja, ich bin schwul." Geständnis. Als hätte ich eine Bank ausgeraubt.

Und wissen Sie, was das Erschreckende an der Geschichte ist? Die Menschen reagierten hinterher, wie man mir überall bestätigte, "irre normal". Niemand hat mich auf offener Straße beschimpft. Man hat mich weiter für Shows gebucht, weiter gemocht, weiter eingeladen. Klingt gut? Ist es nicht. Denn was ich da erlebte, war zwar keine offene Ablehnung; Es war eine besondere Form der Duldung: Man fand mich weiterhin lustig, solange ich das, was mich ausmacht, gefälligst für mich behielt. Das nennt man nicht Toleranz. Das ist ein Waffenstillstand auf Zeit — und unterschrieben hatte ihn nicht ich, sondern eine Gesellschaft, die mich dazu nicht befragt hat.

"Toleranz, die Schweigen verlangt, ist keine Toleranz. Sie ist nur ein brüchiger Waffenstillstand."

Ich hatte im Unglück noch Glück: Ich war jung, erfolgreich, telegen — mich konnte man sich leisten zu dulden. Mein Lebensgefährte Duncan, den ich wenige Jahre zuvor in Amsterdam kennengelernt hatte, hatte dieses Glück nicht. Er starb Ende der Achtzigerjahre an Aids, mit gerade einmal dreißig Jahren, in einer Zeit, in der seine Krankheit von vielen noch als eine Art Strafe für seine Liebe verstanden wurde. Das war keine Meinung, die man teilen oder ablehnen konnte. Das war ein Todesurteil aus Vorurteil.

Ich erzähle Ihnen das nicht, damit Sie Mitleid haben. Mitleid ist mir herzlich egal. Ich erzähle es Ihnen, weil es exakt die Mechanik zeigt, um die es heute in diesem Land wieder geht: Erst wird ein Mensch zur Ausnahme erklärt, dann zur Belastung, irgendwann zur Gefahr — und am Ende hat sich niemand mehr die Frage gestellt, ob das überhaupt verhandelbar war. Es war es nie. Menschenwürde kennt keine Übergangsfristen und keine Sonderregeln für unbequeme Fälle.

Warum ich Ihnen das ausgerechnet hier erzähle

Weil ich seither weiß, dass es diesen einen bequemen Satz nicht geben darf: "Man muss halt auch mal tolerant sein." Der Philosoph Karl Popper hat das schon 1945 präziser gefasst, als es heute jeder Talkshow-Gast hinbekommt. In seinem Buch "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" schrieb er sinngemäß: Uneingeschränkte Toleranz führt mit Notwendigkeit zum Verschwinden der Toleranz. Denn wenn wir sie sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaft gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten am Ende verdrängt — und die Toleranz mit ihnen.

Das ist keine akademische Spitzfindigkeit aus dem letzten Jahrhundert. Das ist eine Gebrauchsanweisung für den September 2026. Wenn wir jeder noch so kruden Behauptung im Namen der Meinungsfreiheit dieselbe Bühne bauen wie einer geprüften Tatsache, wenn wir jedem Verfassungsfeind im Namen vermeintlicher Fairness denselben Resonanzraum geben wie seinen Gegnern, dann sägen wir nicht am Ast der Intoleranz. Wir sägen am Ast, auf dem wir alle gemeinsam sitzen.

Und machen wir uns nichts vor: Diese Säge wird inzwischen mit bemerkenswerter Präzision geführt. Rechtsextreme Strategen haben längst begriffen, dass man eine offene Gesellschaft nicht mehr mit Panzern erobern muss. Es reicht, ihre eigenen Werte gegen sie zu wenden: ihre Toleranz, ihre Liebe zum fairen Diskurs, ihre Angst, illiberal zu wirken. Man nennt es dann "nur eine Meinung", "nur eine Frage", "nur ein Denkanstoss". Aber wer ständig nur fragt, ob Menschen weniger wert sind, der stellt keine Frage mehr. Der bereitet eine Antwort vor — und die kennen wir aus der leidvollen Geschichte dieses Landes.

Die AfD steht im Bund in aktuellen Umfragen bei rund 28 Prozent — deutlich vor der Union, zum ersten Mal in der Geschichte dieser Republik so klar und so dauerhaft. Fünf ihrer Landesverbände gelten dem Verfassungsschutz längst als gesichert rechtsextrem.

Und trotzdem hängt die Einstufung der Bundespartei seit einem Kölner Eilverfahren im Februar in der Warteschleife, während ein mögliches Verbotsverfahren zwar "nicht vom Tisch" ist — aber eben auch nicht auf dem Tisch. Meine Damen und Herren, Zurückhaltung ist manchmal Weisheit. Manchmal ist sie nur ein hübscheres Wort für Feigheit.

Dabei wissen Sie besser als ich, dass es geht, wenn man will. Ende 2024 hat der Bundestag mit 600 gegen 69 Stimmen — fraktionsübergreifend, gemeinsam mit Union, Grünen und FDP — das Bundesverfassungsgericht endlich fest im Grundgesetz verankert: feste Amtszeiten, klare Altersgrenzen, ein Mechanismus gegen böswillige Blockaden. Das war kein Zufall und kein Selbstläufer. Das war der wehrhafte Rechtsstaat in Aktion, sichtbar, mehrheitsfähig, in Kraft getreten. Genau diese Entschlossenheit brauchen wir jetzt wieder — nicht irgendwann, sondern jetzt, wo die Umfragewerte explodieren und die Zeit gegen uns arbeitet.

In unserer Verfassung ist nichts verhandelbar. Das Grundgesetz ist kein unverbindliches Angebot, sondern eine verpflichtende Forderung.

Deshalb, ein für alle Mal: Artikel 1 unseres Grundgesetzes sagt nicht "Die Würde des Menschen ist unantastbar, außer man diskutiert gerade freundlich darüber." Er sagt es ohne Sternchen, ohne Kleingedrucktes, ohne Meinungskorridor.

"Die Würde des Menschen ist unantastbar — nicht verhandelbar, nicht auslegbar, keine Ansichtssache."

Wer das relativiert, verstößt nicht gegen eine Meinung. Er verstößt gegen geltendes Recht. Und wer als gewählter Vertreter dieses Landes dabei zusieht, wie genau das laufend geschieht, der ist nicht neutral. Neutral zu bleiben, wo die Würde von Menschen infrage steht, ist keine Position. Es ist eine Bankrotterklärung.

Ich weiß, dass Ihnen das gerade nicht leichtfallen kann. Sie sitzen heute nicht in der bequemen Opposition, aus der heraus man große Reden schwingen kann, ohne sie am nächsten Tag verantworten zu müssen. Sie tragen als kleinerer Partner einer schwarz-roten Koalition unter Kanzler Merz Regierungsverantwortung, müssen jeden Tag Kompromisse schließen, Mühlen bedienen, Koalitionspartner bei Laune halten. Das ist ehrenwerte, harte Arbeit. Aber Vorsicht: Kompromissbereitschaft beim Haushalt ist Handwerk. Kompromissbereitschaft bei der Menschenwürde wäre jedoch fahrlässig.

Ich weiß, das klingt jetzt nicht nach dem heiteren Komiker, den Sie vielleicht erwartet haben. Keine Sorge, den gibt es noch. Mein alter Psychologielehrer gab uns kurz vor dem Abitur einen Rat, den ich nie vergessen habe: "Lass dich nicht anbrüllen." Wenn Sie das nächste Mal jemand anbrüllt, sagen Sie einfach ruhig: "Sie brüllen mich gerade an." Sie werden staunen, wie schnell die Kulisse des selbstgerechten Zorns in sich zusammenfällt. Autoritäre Charaktere ertragen nämlich eines nicht: entlarvt zu werden, mitten im eigenen Getöse, mit einem einzigen ruhigen Satz.

Denn ein guter Witz und eine klare Haltung schließen sich nicht aus — sie brauchen einander. Wer nur wütend ist, verliert irgendwann sein Publikum. Wer nur witzig ist, verliert irgendwann den Ernst der Lage. Beides zusammen — das ist die Mischung, mit der man Autoritäre wirklich nervt. Denn über sich selbst können sie niemals lachen. Wir schon. Das ist unser Heimvorteil. Nutzen wir ihn, statt ihn zu verschenken.

Ihre Partei weiß das eigentlich besser als jede andere in diesem Haus. 163 Jahre Sozialdemokratie sind auch 163 Jahre Erfahrung darin, Anfeindung auszuhalten, ohne dabei die eigene Stimme zu verlieren. Am 23. März 1933 stand Ihr Parteivorsitzender Otto Wels als Einziger im Reichstag auf und widersprach dem Ermächtigungsgesetz, mit Sätzen, die uns heute noch die Nackenhaare aufstellen: "Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht." Er hätte auch schweigen können. Schweigen wäre bequemer gewesen. Vermutlich sogar überlebensfreundlicher.

Er hat es trotzdem nicht getan. Und genau deshalb stehen wir heute, dreiundneunzig Jahre später, nicht an seinem Grab. Wir stehen in seinem Vorbild.

"Schweigen schützt niemals die Schwachen. Es schützt nur die Täter."

Die Philosophin Hannah Arendt hat neben ihrer düsteren Analyse totalitärer Systeme auch ein tröstliches Konzept hinterlassen: die Natalität, die Gebürtlichkeit. Weil jeder Mensch als neuer Anfang in diese Welt tritt, tragen wir alle die Fähigkeit in uns, jederzeit etwas völlig Neues zu beginnen. Geschichte ist nicht vorherbestimmt. Sie ist das, was wir tun — oder eben feige unterlassen.

Also, liebe Abgeordnete: Reden Sie. Streiten Sie. Handeln Sie. Verteidigen Sie diese Verfassung, als wäre sie das Kostbarste, was wir besitzen — weil sie es ist. Machen Sie es nicht davon abhängig, ob es gerade opportun erscheint. Alles Ansichtssache? Nein. Manches ist einfach wahr. Und die Wahrheit braucht heute Menschen, die den Mund aufmachen. Fangen wir damit an — jetzt, heute, hier in diesem Raum. Es ist noch lange nicht Ladenschluss in dieser Republik. Im Gegenteil: Wenn wir jetzt zusammenstehen, fangen wir gerade erst richtig an.

Ich danke Ihnen von Herzen. Glück auf!